

Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«

Udo Grashoff

Arbeiter gegen die »Partei der Arbeiterklasse«

In starken Marschsäulen marschieren die Demonstranten zum Marktplatz und randalieren dort in schamlosester Weise«, telegrafierte am Mittag des 17. Juni ein LDPD-Funktionär aus Quedlinburg an seinen Bezirksvorstand in Halle. »Junge Arbeiter stürmten in das Rathaus, rissen rote, blaue und die Friedensfahnen, Transparente und Büsten von den Wänden und Podesten, warfen Fenster- und Schaufensterscheiben ein und organisierten Sprechchöre. Gefordert wurde: Freiheit für alle politischen Häftlinge, gesamtdeutsche freie Wahlen; gebt uns Butter statt Kanonen; wir brauchen keine Volksarmee und anderes.«¹ Ähnliche Szenen spielten sich am 17. Juni 1953 im gesamten Industriegebiet um Halle ab. Etwa 150.000 Arbeiter aus 211 Betrieben gingen an jenem Tag im Bezirk Halle auf die Straße. 34 Prozent der Arbeiterschaft, so eine zeitgenössische parteiinterne Einschätzung, demonstrierten und streikten gegen die SED, die »Partei der Arbeiterklasse«, wie deren Führung nicht müde wurde, immer wieder zu behaupten. Deutlicher konnte der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht zu Tage treten.

Fred Oelßner, Mitglied des SED-Politbüros, war am 17. Juni 1953 von Berlin nach Halle geschickt worden, um dort die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes zu koordinieren. Noch einige Wochen später zeigte sich der Politbürokrat vor der SED-Bezirksleitung Halle erschüttert: »Wenn 100.000 Arbeiter streiken in Betrieben, die eine revolutionäre Tradition haben, ich denke an die Waggonbauer und die Arbeiter in Leuna, dann muß es doch der Partei ganz ernsthaft zu denken geben.« Auch die Mär von den »faschistischen Provokateuren«, die eine Revolte angezettelt hätten, wollte er intern nicht so recht vertreten: »Provokateure, liebe Genossen, wird es immer geben. Wir schlagen gegen sie und lassen sie liquidieren. [...] Ar-

Ulrich Mählert (Hg.)

Der 17. Juni 1953

Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8012-4133-5

Copyright © 2003 by
Verlag J.H.W.Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn
Satz: Petra Strauch, Bonn
Lektorat: Günter Hertel
Umschlaggestaltung: Daniela Müller, Bonn, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck und Verarbeitung: WB-Druck, Rieden
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

Inhalt

7 **Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes**

Ulrich Mähler

I Der Aufstand in den Regionen

36 **Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests**

Stefan Wolle

57 **Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt?**

Traditionen, Brüche und Konflikte

Burghard Ciesla

77 **Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos**

Heidi Roth

109 **Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand**

Heinz Voigt

133 **Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«**

Udo Grashoff

157 **Rostock: Erhebung an der Küste**

Klaus Schwabe

II Menschen machen Geschichte

174 **Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR**

Friedhelm Boll

199 **Richard Haider – Ein Leipziger Sozialdemokrat**

Zusammengestellt von Heidi Roth

- 205 **Stefan Weingärtner – Ein jugendlicher »Provokateur«**
Zusammengestellt von Heidi Roth
- 209 **Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks**
Zusammengestellt von Heinz Voigt
- 215 **Paul Othma – Ein Streikführer in Bitterfeld**
Zusammengestellt von Udo Grashoff
- 219 **Robert Dahlem – Wider die eigene Partei**
Zusammengestellt von Klaus Schwabe
- 225 **»Der 16. Juni 1953 bleibt mir unvergesslich« –
Ein Augenzeugenbericht**
Peter Bruhn

III Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- 252 **Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR
und der Bundesrepublik**
Bernd Faulenbach
- 273 **Weiterführende Literatur**
- 277 **Bildnachweis**
- 278 **Über die Autoren**

beiter aber, Genossen, Massen von Arbeitern, dies ist doch eine ganz ernsthafte Sache und ich wiederhole ganz besonders bei Euch im Bezirk Halle war es am schlimmsten, bei Euch war es am schlimmsten.«

Dem SED-Chefideologen erschien es unfassbar, dass genau dort, wo 1921 die »Märzkämpfe« stattfanden, das »Band zwischen Partei und Arbeiterschaft« gerissen war. Ausgerechnet die einstige Hochburg der linkssozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung war zu einem Zentrum des Juni-Aufstandes geworden. Im Leunawerk beispielsweise begannen die Streiks im Bau 15, dem Reparaturbetrieb, dort wo Arbeiter während der Novemberrevolution 1918 als Erste im Werk die rote Fahne hissten, im Januar 1919 nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht das Signal für einen sechswöchigen Generalstreik gaben und sich aktiv an den bewaffneten Kämpfen im März 1921 beteiligten.² Auch die Belegschaften anderer maßgeblich in den Juni-Aufstand involvierter Betriebe wie die des Elektrochemischen Kombinati Bitterfeld und der Farbenfabrik Wolfen hatten sich mehr als drei Jahrzehnte zuvor an den Märzkämpfen beteiligt. Am Bitterfelder Rathaus, das am 17. Juni vom Streikkomitee besetzt wurde, waren sogar noch die Einschüsse von der Erstürmung durch revolutionäre Arbeiter zu erkennen. »1920–21 war Halle das blutrote Herz Deutschlands. Ich frage mich, ist das herzkrank geworden? Schlägt es nicht mehr?«, meinte Fred Oelßner sichtlich ratlos.³

Intensität und Ablauf der Ereignisse des 17. Juni zeigen indessen deutlich, dass die revolutionären Traditionen der Region fortwirkten, dass das »rote Herz Deutschlands« durchaus noch schlug – jetzt jedoch gegen die stalinistische SED. Die Symbolsprache der Aufständischen war unmissverständlich. So etwa an der SED-Stadtbezirksleitung Halle-West, wo die Stalinbüsten mit der Frage aus dem Fenster gehalten wurden: »Wollt ihr den?« Und wenn die Leute auf dem Marktplatz »Nein!« riefen, zerschellte der im März verstorbene Diktator auf dem Pflaster. Randalisiert wurde nicht »schamlos«, sondern zielgerichtet: SED-Lösungen wurden zu Boden gerissen, meterhohe Stalin-Standbilder abgesägt und die Bilder der Staats- und Parteiführer von den Wänden geholt. Auch gegen die staatlichen HÖLäden, vor allem gegen deren mit Propaganda dekorierte Schaufenster, richtete sich die Gewalt der Demonstranten. Gleichzeitig aber setzten besonnene Arbeiter Wachen ein, um Plünderungen zu verhindern.

Bei all dem brachen die Arbeiter am 17. Juni nicht mit *ihren* »roten« Traditionen, wie es ihnen wenig später die SED unterstellte, als sie den Aufstand als »faschistischen Putschversuch« diskreditierte. Bei der Besetzung der Bitterfelder Polizeiwache stritten die Arbeiter, »ob Marx herunter muß oder nicht«. In Halle trugen Arbeiter ein Leninbild an der Spitze

Der Demonstrationzug marschiert in Richtung Marktplatz.

eines mächtigen Demonstrationzuges. Auch in Bitterfeld führten die Demonstranten »Bilder einiger Arbeiterführer« mit sich. In manchen Fällen mag dies dem symbolischen Schutz der Demonstrationen gedient haben. Wenn aber die Arbeiter, wie in Leuna geschehen, am 17. Juni neben dem »Deutschlandlied« auch »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« sangen, dann knüpften sie damit auch bewusst an sozialdemokratische Traditionen an. Nicht von ungefähr forderten Redner am selben Tag auf einer Kundgebung im Leunawerk die Zulassung der SPD, was von den Streikenden begeistert unterstützt wurde.⁴

»Faschistische« Losungen oder Symbole spielten hingegen am 17. Juni so gut wie keine Rolle. Wenn ein SED-Bericht vom Abend des 17. Juni in Halle berichtete, dass sich an einer Straßenecke sechs ältere Männer und Frauen mit »Heil Hitler« begrüßten, dann war dies ebenso marginal wie der angebliche Auftritt der »SS-Kommandeuse Erna Dorn« bei einer Großkundgebung in Halle. Anhand der verfügbaren Akten lässt sich weder nachweisen, wer die zweifelhafte Person, die nach dem 17. Juni zum Tode verurteilt und enthauptet wurde, in Wirklichkeit war, noch ob sie überhaupt

von der Tribüne auf dem Hallmarkt gesprochen hat. Eine Rädelsführerin des Aufstands war sie mit Sicherheit nicht; schon weil sie bis zum Nachmittag noch in Haft war.

Ein Zeitzeuge, der sich an provokante Reden einer Frau, die jedoch nicht auf der Tribüne stand, erinnert, schilderte die Stimmung der abendlichen Kundgebung am 17. Juni in Halle, zu der etwa 60.000 Menschen gekommen waren: »Ich war beruhigt, als ich merkte, daß die Rufe nach Vergeltung und Haß von der Bevölkerung nicht aufgenommen wurden. Ich war stolz auf die Hallenser wegen ihrer Disziplin und wegen ihrer Gewaltlosigkeit.«⁵

Allein die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen brachte deutlich zum Ausdruck, dass die Arbeiter die Regierung auf demokratischem Wege überwinden wollten. Und was immer auch der historische Hintergrund der Akteure des 17. Juni gewesen sein mag, sie einte die Ablehnung der SED-Herrschaft. Schon am Morgen des 17. Juni riefen Sprechchöre im Bunawerk: »Wir wollen eine andere Regierung!« Junge Arbeiter an der Spitze des Demonstrationzuges in Thale reimten: »Arbeiter Euch zum Wohl, weg mit Ulbricht und Grotewohl.«⁶ Diese Forderungen waren das Resultat einer immer größer gewordenen Unzufriedenheit mit der SED-Herrschaft, die auch der »Neue Kurs« nicht abbauen konnte.

Der »Neue Kurs«: Konfusion in der SED – Widerstand bei den Arbeitern

Der am 11. Juni 1953 verkündete »Neue Kurs« sollte bei der Bevölkerung einen Stimmungsumschwung zugunsten der SED bringen. Er bewirkte jedoch nicht zuletzt bei vielen SED-Anhängern eine tiefe Verunsicherung. »Es ist jetzt eine führerlose Zeit«, äußerte ein Staatsanwalt. »Zu wem sollen wir noch Vertrauen haben?« fragten Arbeiter in der Braunkohlengrube Mücheln.⁷ Linientreue SED-Mitglieder beklagten sich, die Parteiführung falle ihnen in den Rücken. »Die Politik der Partei baut sich auf auf die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die sind unerschütterlich, sie vervollständigen, sie erweitern sich, sie werden durch neue Erkenntnisse bereichert, aber sie sind im Prinzip richtig und bleiben in ihren Prinzipien und Grundsätzen bestehen«, beschwor demgegenüber ein Funktionär der Bitterfelder Kreisleitung seine durch die von Moskau angeordnete Kursänderung schockierten Genossen. Aus derselben Kreisleitung hieß es dann auch besonders naiv oder zynisch: »Die Genossen sagen nicht das, was im Kommuniqué steht, sondern sie sagen ihre eigene Meinung[!].«⁸

Überall fehlte den Genossen »eine klare Orientierung«. Besonders auch auf dem Lande fühlten sie sich durch die Rücknahme des Kollektivierungszwanges »verraten«. In der LPG Selbitz schlug das »Kommuniqué wie eine Bombe« ein, in Biendorf löste es »allgemeine Kapitulationsstimmung« aus. »Wir machen nichts mehr, es hat ja doch keinen Zweck«, erklärte ein Brigadier der LPG Mansfeld. In Oppin bei Halle wurde die LPG »1. Mai« aufgelöst.⁹

Die Rehabilitierung der Jungen Gemeinden (JG), die noch kurz zuvor kriminalisiert worden waren, sorgte für erhebliche Verunsicherung unter den SED-Mitgliedern in der Lehrerschaft. 70 Schüler des Bezirkes Halle mussten im Frühjahr 1953 wegen ihrer Mitgliedschaft in der JG die Oberschule verlassen, jetzt durften sie, sofern sie noch im Lande waren, wieder zurück. »Durch die Wiederaufnahme der Mitglieder der »Jungen Gemeinde« leidet meine Autorität«, beklagte sich daraufhin ein Schulleiter aus Bad Frankenhausen.¹⁰

In der Bezirksleitung gingen aber auch die geforderten Berichte ein, die die Zustimmung der Bevölkerung zum »Neuen Kurs« zeigen sollten. Unmittelbar vor dem Aufstand zitiert ein Polizeibericht¹¹ den Pfarrer der Halleschen Johanneskirche so: »Mir kommt es vor wie nach einem Gewitterregen, es ist wieder Sauerstoff in der Luft, man kann wieder frei atmen.« In ähnlicher Weise hieß es aus Quedlinburg: »Die Privatunternehmer und Handwerker bringen zum Ausdruck, dass sie jetzt wieder Lust zum Arbeiten hätten« – nachdem sie vorher »unruhige Nächte verbringen« mussten. Auf große Zustimmung stieß auch die erleichterte Ausstellung eines Interzonenpasses.¹² »Das war ein ganz großer Schritt auf dem Wege zur Einheit Deutschlands«, jubelten zwei Leserbriefe im SED-Blatt *Freiheit* am 15. Juni. Unter den so genannten »Neubürgern« aus den ehemaligen Ostgebieten weckte der »Neue Kurs« Hoffnungen, die »Oder-Neiße-Grenze« könne revidiert werden. In Halle hätten sich Handwerker gefreut, dass sie wieder Lebensmittelkarten erhielten, und die Arbeiter seien wegen der Rücknahme der Preiserhöhungen in guter Stimmung: »Die Senkung der Preise für Marmelade, Zuckerwaren usw. rief unter den Werktätigen eine große Befriedigung hervor«, vermerkte ein Polizeibericht vom 15. Juni.¹³

Allzu überzeugt von der positiven Stimmung gerade unter den Arbeitern war die Hallesche SED-Spitze aber nicht. Denn sie hatte beschlossen, dem ZK mitzuteilen, dass »in den Industriegebieten und in den Betrieben die Arbeiter die Forderungen nach der Bestrafung der Schuldigen« für die verfehlte Politik stellten.¹⁴

Als der »Neue Kurs« bekannt gegeben wurde, nahmen die Arbeiter vereinzelt bereits das Heft des Handelns in die Hand. Vom Bau 15 des

Leunawerks erging eine telefonische Aufforderung an alle Betriebsteile, ihre »Friedenslosungen« und »Roten Ecken« zu entfernen. In Namen der BGL rief man zu einer Besprechung über die Normenfrage auf der Raucherwiese auf, was jedoch die SED-Kreisleitung des Leunawerks noch zu verhindern wusste.

Am Freitag, dem 12. Juni, legten Arbeiter in der Blechschmiede des IFA-Karosseriewerks in Halle die Arbeit nieder. Durch günstige Normen hatten diese Spezialisten relativ gut verdient. Mit 18 Prozent sollte ihre Norm jetzt überdurchschnittlich erhöht werden.

Bereits am 10. Juni streikten Arbeiter im Siliconbetrieb des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld, weil sie weniger Lohn erhielten. Grund hierfür waren nicht, wie die Arbeiter annahmen, die Normenerhöhung, sondern der Wegfall von Nachtschichten und einiger Feiertage. Daher nahmen die Siliconwerker nach anderthalb Stunden ihre Arbeit wieder auf.¹⁵

Konfliktfeld Arbeitsnormen: Lohneinbußen und Demütigung für die Arbeiter

Die am südlichen Stadtrand gelegene Lokomotiven- und Waggonfabrik (LOWA), ein SAG-Betrieb mit etwa 2000 Belegschaftsmitgliedern, war der Ausgangspunkt der Massenstreiks am 17. Juni 1953 in Halle. Dabei galt die Waggonfabrik wie auch das Leunawerk bis dahin als Zentrum der Aktivistenbewegung. Die LOWA wurde 1950 als »eines der besten Beispiele für die Erhöhung technisch begründeter Normen« hervorgehoben. Angeblich freiwillige Verpflichtungen von Arbeitern zur Leistungssteigerung registrierte die SED als Zeichen des »gewachsenen Bewusstseins« der Arbeiterschaft und sah darin das wichtigste Mittel zur Produktionssteigerung.

Dass hierbei nicht alles so harmonisch zugeing, wie es die SED-Presse darstellte, zeigt ein aktenkundig gewordener Vorgang im Juli 1950. Offenbar freiwillig hatte die LOWA-Belegschaft ihre Leistung gesteigert, worauf die Betriebsleitung mit neuen Normen reagierte, so dass die Leistungssteigerung nicht zu höheren Löhnen führte. Das löste im Betrieb »Verwirrung« und »Verbitterung« gegen die Partei aus, die alle Mühe hatte, die Erregung der Arbeiter durch materielle Zugeständnisse wieder zu besänftigen.¹⁶

Trotz der propagandistisch hochgejubelten Aktivistenbewegung blieb die Erwartung der SED, die Arbeiter würden aufgrund der veränderten Eigentumsverhältnisse bessere Leistungen erbringen, ohne gleichzeitig auch höhere Löhne zu fordern, eine praxisferne Illusion, selbst in den Betrieben, wo die SED Erfolge verbuchen konnte. Als es am 16. April 1953 in der

LOWA zu Auseinandersetzungen kam, die zur Entlassung des Werkleiters, zur Verhaftung eines Ingenieurs und zu mehreren Parteistrafen führten, räumte ein SED-Bericht gleichzeitig auch ernüchtert ein, dass die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen, die sich schon Jahre hinzog, »durch Minutenschieberei und Minutenhortung hintertrieben« worden sei. Weil die Arbeiter bestrebt waren, ihre ohnehin schmalen Einkünfte zu verteidigen, waren die Löhne schneller gestiegen als die Produktivität. Die durchschnittliche Normerfüllung lag im Werk bei 150 Prozent. Angesichts dessen beschloss eine Parteiaktivtagung im Frühjahr 1953, alle Normen um 15 Prozent anzuheben.¹⁷

In den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen um Normerhöhungen traten den Arbeitern die kapitalistischen Leistungszwänge in gewandelter Gestalt gegenüber. Waren es zuvor Konkurrenz und Markt gewesen, die effizientes betriebswirtschaftliches Handeln rechtfertigten, so traten jetzt Parteifunktionäre auf den Plan, die eine prinzipielle Interessengleichheit von Proletariat und Staat behaupteten, mit dieser Begründung die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen zu Transmissionsriemen ihrer Politik degradierten und Druck auf die Arbeiter ausübten, »freiwillig« mehr zu leisten. Damit entwickelte sich die Normenfrage auch zunehmend zu einem Politikum. Da weder durch Agitation noch durch politischen Druck eine Leistungssteigerung zu bewirken war, erhöhte der Ministerrat der DDR am 28. Mai 1953 kurzerhand alle Normen um 10 Prozent.

Zwei Wochen später weckte der »Neue Kurs« Hoffnungen, »dass die Erhöhung der Arbeitsnormen sehr wahrscheinlich auch ein Fehler der Regierung sind, und diese in Kürze revidiert werden«, wie es in einer »Vorkommismeldung« der Volkspolizei wenige Tage vor dem 17. Juni hieß.¹⁸ Bereits am 8. Juni war es in einer Abteilung der Ammendorfer Waggonfabrik zu Protesten gegen die administrative Normenerhöhung gekommen. Als die Berliner Bauarbeiter dann in den Streik traten, flammte der Protest auch in Ammendorf sofort wieder auf.

Bereits in der morgendlichen Straßenbahn nach Ammendorf kam es am 17. Juni zu lebhaften Diskussionen darüber, ob man sich dem im RIAS gemeldeten Streik der Berliner Arbeiter anschließen sollte. Kurz nach 7 Uhr erschien eine Abordnung der Arbeiter bei der Werksleitung. Darin, dass man im Direktionszimmer »unkonkret über alle möglichen Fragen diskutierte«, sahen die Polizisten des Betriebsschutzes ein sicheres Zeichen dafür, dass es sich bei den Diskussionen »um eine organisierte Angelegenheit handelte«.

Es trifft wohl eher das Gegenteil zu. Spontan liefen Gruppen von Arbeitern die Abteilungen ab und riefen zu einer Versammlung vor dem

Der schwer kriegsbeschädigte Rudolf Weber, Lehrerausbilder im VEB Waggonbau Ammendorf, gehörte zum zentralen Streikkomitee von Halle.

Verwaltungsgebäude auf. Gegen neun Uhr wurde ein Tisch mitten in die Menge gestellt, den ein Arbeiter bestieg, um die Herabsetzung der Normen und eine 40-prozentige Preissenkung zu fordern. Nach ihm kletterte eine Kollegin auf den Tisch und forderte den Sturz der Regierung. Der Parteisekretär und der Arbeitsdirektor hingegen, die ebenfalls versuchten, den Tisch zu erklimmen, wurden durch Pfiffe und Zurufe am Reden gehindert. Stattdessen fand die spontan geäußerte Idee, geschlossen nach Halle zu marschieren, um dort die Forderungen geltend zu machen, die mehrheitliche Zustimmung der Waggonbauer. Während sich etwa 800 Arbeiter mit schnell erstellten Transparenten in Richtung Innenstadt auf den Weg machten, forderten Parteisekretär und Arbeitsdirektor die verbliebenen Arbeiter auf, an die Arbeit zurückzukehren. Ihre Versicherung, das SED-Zentralkomitee hätte die Normenerhöhungen inzwischen revidiert, verhallte wirkungslos.¹⁹

140 Auch wenn die Ursachen der Proteste des 17. Juni vielschichtig waren, zeigen die langwierigen Auseinandersetzungen um die Normenfrage, dass

dieses Problem nicht nur deshalb für die Arbeiter zentral war, weil es den eigenen Geldbeutel betraf, sondern auch, weil die Arbeiter das innerbetriebliche Ringen um Löhne und Normen oft als politische Entmündigung erlebten.

Dies wurde im Leunawerk bei der Durchsetzung der von der SED angestrebten Betriebskollektivverträge (BKV) im August 1951 deutlich. Diese Verträge sollten nach sowjetischem Muster die Tarifverträge ersetzen und dabei dem von der SED behaupteten Umstand Rechnung tragen, dass in der DDR die »Interessen von Arbeiterklasse und Staatsmacht« deckungsgleich seien. Die Arbeiter waren jedoch nicht bereit, für die Steigerung der Produktivität Lohnneinbußen hinzunehmen, wie es die Verträge vorsahen, und lehnten sie deshalb mehrheitlich ab. Daraufhin beschimpfte der BGL-Vorsitzende die Leuna-Arbeiter auf einer öffentlichen Veranstaltung am 11. August 1951 als »Agenten des anglo-amerikanischen Imperialismus«, wodurch die Stimmung in tumultartige Proteste gegen die SED umschlug.

Angesichts der Eskalation des Streits versuchte die Partei in der Folgezeit, die Arbeiter durch dosierte Druckausübung schrittweise zu überrumpeln. 31 Instruktoren wurden ausgeschiedt, um die Kollegen vor Ort zu »bearbeiten«. Bei den Wahlen der Delegierten zur Betriebsversammlung erreichte die SED, dass sich drei Viertel der Delegierten zur Zustimmung zum BKV verpflichteten. Versammlungen, in denen »eine negative Einstellung der Genossen zu verzeichnen war«, ließ die SED wiederholen. Parallel dazu erfolgte die »Entlassung einiger reaktionärer Kräfte«. Vor der Abstimmung über den BKV wurden die Delegierten dann nochmals »bearbeitet«, damit sie sich auch wirklich an das erteilte Mandat hielten. Zur Abstimmung teilte die SED die Delegierten in fünf Gruppen ein, die jeweils separat abstimmten. Auf diese Weise konnte am 13. September 1951 der BKV in Leuna »feierlich unterzeichnet« werden.

»Dieser Erfolg ist aber nicht gerade ein Beweis dafür, daß etwa schon alle Delegierten und Belegschaftsmitglieder restlos von der politischen Notwendigkeit des Betriebs-Kollektiv-Vertrages überzeugt sind«, räumte ein SED-Papier ein. Im Nachgang prüfte eine Gruppe von Instruktoren die Gewerkschaftsleitungen auf ihre »Arbeitsfähigkeit«, was praktisch bedeutete, dass bei Gewerkschaftern, die der Entmündigung der Gewerkschaft kritisch gegenüberstanden, Neuwahlen veranlasst wurden.²⁰

Die tiefe Erbitterung ließ die Arbeiter selbst dann kein Blatt vor den Mund nehmen, als Walter Ulbricht wenige Tage nach dem Aufstand das Leunawerk besuchte: »Die Stimmung unter uns Arbeitern ist beschissen und ... dadurch ist vielleicht die ganze Sache gekommen, mag sie angerührt

haben wer will.« So schilderte ein Handwerker aus dem Leunawerk bei dieser »Aussprache« die Ursachen für den Streik. »Wir haben uns rumgeschlagen mit Schuhen, Hemden und Anzügen, sie waren überall, nur nicht hier ... Wir haben heute noch wenig Butter aufs Brot und die Wurst ist zu teuer. Was haben wir gearbeitet an der Normerhöhung, aber eine jede Normerhöhung bedeutete Lohnabzug ... Wir haben freiwillig Normen zugegeben und wir haben ›freiwillig müssen‹ unterschreiben.«²¹

Konfliktfeld Demokratie: freie gesamtdeutsche Wahlen

»Die Werktätigen des Kreises Bitterfeld fordern:

1. Sofortiger Rücktritt der Regierung, die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist
2. Einsetzung einer provisorischen deutschen demokratischen Regierung
3. Freie demokratische und direkte Wahlen in 4 Monaten ...«²²

Nicht von ungefähr bezog sich der Forderungskatalog, der vom Streikkomitee des Kreises Bitterfeld am Nachmittag des 17. Juni 1953 nach Berlin telegraphiert wurde, gleich zu Beginn auf die fehlende demokratische Legitimation der SED-Herrschaft. Obwohl in der Verfassung der DDR festgelegt war, dass die Abgeordneten »in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältnis-Wahlrechts auf die Dauer von vier Jahren gewählt« werden sollten, hatte sich die SED bei den so genannten »Volkswahlen« am 15. Oktober 1950 mitnichten daran gehalten. Entgegen vorheriger Zusagen sicherte sich die SED von vornherein die Mehrheit auf der Liste der Nationalen Front, indem sie die Kandidatenplätze der Massenorganisationen mit eigenen Genossen besetzte. Alternative Listen standen am Wahltag nicht zur Abstimmung, und damit die Wähler nicht etwa auf die Idee kamen, mit »Nein« zu stimmen, waren Pionier- und FDJ-Gruppen unterwegs, die mit Sprechchören wie »Die Kriegstreiber haben nichts zu hoffen, wir wählen am 15. Oktober offen« gegen eine geheime Wahl durch Benutzung der »Kabine« mobil machten.

Im Leunawerk rief die Betriebsgewerkschaftsleitung zur »offenen Stimmabgabe« auf. Und obwohl die Arbeiter fast einstimmig gegen diesen Aufruf votierten, meldete die SED-Presse, dass diese geschlossen dahinter stünden. Die Empörung gegen eine so offenkundige Lüge nahm die SED zum Anlass, den Druck auf die Arbeiter zu verstärken. Dennoch kam es am Wahltag in Leuna zu Unmutsäußerungen über den Wahlmodus.

Um die Farce aber perfekt zu machen, wollte die SED neben der »offenen Wahl« auch noch eine hohe Beteiligung der Wähler durchsetzen.

Dazu wurden die Stimmberechtigten in den Wochen zuvor unter Druck gesetzt, sich schriftlich zu verpflichten, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Liste der Nationalen Front zu wählen. 75 Prozent der Wähler im Kreis Merseburg ließen sich dazu bewegen. So genannte »Schlepper« konfrontierten am Wahltag dann die Säumigen mit ihrer Verpflichtungserklärung. Zudem waren Tausende »Aufklärungsgruppen« unterwegs, deren Einsatz bezirksweit koordiniert wurde. Vereinzelt gab es auch Verhaftungen. Auf diese Weise erreichte das Land Sachsen-Anhalt eine Wahlbeteiligung von 97,6 Prozent.²³

Konfliktfeld Justizwillkür: Sturm auf die Haftanstalten

In Halle zogen am Mittag des 17. Juni Hunderte Demonstranten vor die Strafvollzugsanstalt II in der Kleinen Steinstraße, wo überwiegend Frauen inhaftiert waren. Sie brachen ein Tor auf, gelangten in den Hof. Die Wachmannschaften schossen in die Menge, ein Aufständischer wurde schwer verletzt. Zur Verstärkung gerufene Polizeitruppen wurden vor der Haftanstalt von den Aufständischen entwaffnet, die Gewehre an eine Hauswand geschlagen und somit unbrauchbar gemacht. Das war auch deshalb möglich, weil die Polizisten ohne Munition angerückt waren – ein Umstand, der den verantwortlichen Offizieren der KVP vier bzw. sechs Jahre Zuchthaus einbrachte. Unterhändler der Aufständischen bewirkten bei der Staatsanwaltschaft eine Anweisung, alle politischen Häftlinge mit geringen Haftstrafen freizulassen. Der Leiter der Haftanstalt sah sich jedoch in dieser tumultartigen Situation nicht in der Lage, differenziert zu handeln und ließ alle Zellen aufschließen.

In Bitterfeld dagegen, wo die Gefangenenbefreiung unblutig verlief, ließ das Streikkomitee nur die politischen Häftlinge frei. Nach der Befreiung von Gefangenen in Halle ebenso wie in Bitterfeld symbolisierten die Demonstranten ihren friedlichen Freiheitswillen, indem sie an Straßenlaternen nicht etwa Funktionäre aufhängten, sondern Häftlingsuniformen.²⁴

Ganz anders war die Situation am berühmtesten Zuchthaus »Roter Ochse« in Halle. Dort versuchten Demonstranten ebenfalls, die Gefangenen zu befreien. Jugendliche warfen Steine, ein LKW versuchte, das Tor aufzudrücken. Die Wachmannschaften eröffneten schließlich das Feuer. Fünf Menschen starben im Kugelhagel, weitere wurden schwer verletzt.

Die Arbeiter, die am 17. Juni die Gefängnisse stürmten und Gefangene befreiten, setzten genau genommen nur ein Versprechen der SED in die Tat um – ein Versprechen jedoch, an dessen Einlösung sie nicht mehr glaub-

Vor dem Haupttor des Zuchthauses »Roter Oktober« fordern Demonstranten die Freilassung der politischen Gefangenen.

ten. Im Zuge des »Neuen Kurses« war von der SED angekündigt worden, alle nach dem »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums« Verurteilten mit Strafen bis zu drei Jahren Haft freizulassen, weshalb zum Beispiel in Halle bereits in den Tagen vor dem 17. Juni Angehörige vor der Strafvollzugsanstalt II auf die Amnestierten warteten.

Hier wurden tatsächlich noch vor dem 17. Juni einige wegen Diebstahls zu Zuchthausstrafen verurteilte Gefangene freigelassen. Allerdings trauten diese der plötzlichen Freiheit nicht: »Die Entlassenen vertraten ... die Ansicht, dass sie ... beim Austritt aus dem Zuchthaus nach SS-Methoden von hinten erschossen würden. Erst als sie vor dem Zuchthaus andere Menschen sahen, waren sie von der Wahrheit überzeugt.«²⁵ Diese Ängste, so überzogen sie auch gewesen sein mögen, spiegeln die Verhör- und Hafterfahrungen der Betroffenen ebenso wider wie die bedrohliche Atmosphäre der SED-Diktatur jener Tage.

Im Übrigen waren die Demonstranten, die in Halle, Merseburg, Eisen, Weißenfels oder Bitterfeld die Gefängnisse stürmten, davon überzeugt, dass die Mehrheit der Inhaftierten zu Unrecht bestraft worden war. Dazu hatten die häufig willkürlichen Verhaftungen beigetragen, wie selbst

SED-Funktionär Fred Oelßner nach dem 17. Juni einräumte, dem die übliche Verhaftungspraxis »auf Zuruf« keineswegs unbekannt war: »Da kommt der Parteisekretär oder Vorsitzende der Nationalen Front, der läuft zum Richter und sagt: ›Du, den mußt Du verhaften, der hat das und das gesagt.««

In Bitterfeld und in Leuna gaben erst kurz zuvor erfolgte Verhaftungen von Kollegen den unmittelbaren Anstoß für die Aktionen zur Gefangenenbefreiung. So war am 15. Juni in einer Abteilung des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld fünf Stunden lang nicht gearbeitet worden, nachdem dort ein neues, schwereres Arbeitsverfahren eingeführt worden war. »Streiken – so was gibt es nicht in einem volkseigenen Betrieb. Ihr besitzt euer Werk selbst. Ihr streikt gegen euch selbst!« wetterte daraufhin der BGL-Vorsitzende. Der Streik wurde offiziell als »Arbeitsberatung« vertuscht; ein Lehrling aber, der draußen von dem Streik erzählte, wurde wegen der Verbreitung von »Hetzgerüchten« abgeholt. Wegen dieses und einiger weiterer Fälle wählten die Streikenden am Morgen des 17. Juni eine Abordnung, die sich um den Verbleib der Kollegen kümmern sollte.²⁶

Auch im Leunawerk war die Forderung nach Freilassung politischer Gefangener durch konkrete Erfahrungen motiviert. Im Bau 15 wurden im Vorfeld des 1. Mai 1953 Flugblätter verbreitet, die den Sturz der DDR-Regierung gefordert haben sollen. Mehrere Kollegen, angeblich eine »Agentengruppe«, wurden daraufhin weggeholt.²⁷ Um nun Näheres über den Verbleib der Inhaftierten zu erfahren und deren Freilassung zu fordern, schickten die Streikenden am 17. Juni einen LKW zur sowjetischen Kommandantur nach Halle, an den sie mit Kreide geschrieben hatten: »Freiheit für unsere Gefangenen«.

Neben den meist wegen angeblicher »Boykotthetze« erfolgten Bestrafungen, wozu jegliche Anfeindung der SED-Diktatur gezählt wurde, verstießen auch die Verurteilungen nach dem »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums« gegen das Rechtsempfinden der Demonstranten. Der Umstand, dass bis zum 20. September 1953 im Bezirk Halle fast 2300 Inhaftierte freigelassen wurden, darunter knapp 900 wegen Verstoßes gegen das »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums« Verurteilte, illustriert, mit welcher Willkür insbesondere seit 1952 verhaftet und verurteilt wurde.

Schon Anfang 1953 war der SED-Bezirksleitung Halle aufgefallen, dass die Leidtragenden der extrem harten Verurteilungen aufgrund des »Gesetzes zum Schutz des Volkseigentums« mehrheitlich Arbeiter waren – im Bezirk Halle richteten sich 246 der 319 im IV. Quartal 1952 durchgeführten Strafverfahren gegen sie. Oft waren es Bagatelldelikte, die von den Gerichten mit pauschalen und ungewöhnlich harten Strafen belegt

wurden. In Roßlau verurteilte die Kreisstaatsanwaltschaft im Januar 1953 zwei Arbeiter für den Diebstahl von je einer Weintraube aus einem offenen Eisenbahnwaggon zu je einem Jahr Zuchthaus. Dieselbe Strafe verhängte der Dessauer Kreisstaatsanwalt gegen eine Frau, die wegen Kohlenmangel aus einem Lager der HO, wo sie beschäftigt war, »sechs bis acht Briketts« mit nach Hause genommen hatte.²⁸

Generell mussten solche kleinkriminellen Vergehen nach dem Rechtsverständnis der SED als »Wirtschaftsverbrechen« bestraft werden, da sie »sich gegen die herrschenden Klassenverhältnisse in der DDR« richteten. Allerdings forderte die SED von den Staatsanwälten, die politisch motivierten Verfahren verstärkt gegen private Geschäftsleute, Handwerker und Bauern zu richten. Während die oben genannten Urteile gegen Arbeiter selbst der SED zu hart erschienen, forderte die Bezirksleitung Halle zum Beispiel im Fall einer Hausfrau, die viermal in West-Berlin Waren im Wert von 50 bis 100 Mark gekauft hatte, um sie in der DDR wieder zu verkaufen, die Anwendung der »Mindeststrafe« von fünf Jahren Zuchthaus. Der Richter des Kreisgerichts Wittenberg hatte lediglich neun Monate Gefängnis verhängt, für die SED »eindeutig das Verlassen der Klassenbasis«. Die deshalb entfachten Auseinandersetzungen trieben den Richter, der selbst SED-Mitglied war und erst im Juli 1952 seine Volksrichter-Ausbildung beendet hatte, zur Kündigung.²⁹

Die im Zuge der Politisierung der Strafjustiz verhängten Urteile waren letztlich hilflose, dysfunktionale Akte, die das eigentliche Problem, die mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs, in keiner Weise entschärften. Statt die Ursachen der Versorgungsmängel im eigenen System zu suchen, behauptete die SED, dass »die aufgetretenen Versorgungsschwierigkeiten meistens auf den privaten Grosshandel zurückzuführen« seien.³⁰ Daher sollte dieser Ende 1952 – unter Ausnutzung selbst geringster strafrechtlich belastender Momente – weitgehend »liquidiert« werden. Am 19. Dezember 1952 notierte der Staatsanwalt des Kreises Merseburg nach einer Besprechung in der SED-Kreisleitung: »Die Aktion zur Liquidierung des privaten Grosshandels, Grossmühlen und Grossbauern muss bis Ende Februar abgeschlossen sein. Hierbei müssen wir schwerpunktmässig vorgehen. Als Erste die Speditionen und der private Grosshandel, anschliessend die Mühlen in Verbindung mit den Grossbauern. Es muss in jedem Falle etwas gefunden werden. Die Sicherung der Vermögenswerte ist in jedem Falle sofort einzuleiten. Ebenso sind die Betroffenen dann sofort in Haft zu nehmen.«³¹ Im Kreis Querfurt ermittelte die Kriminalpolizei gegen 58 Bauern, die ihr Soll nicht erfüllt hatten. Nachdem der Staatsanwalt erklärt hatte, dass es unmöglich sei, eine Massenverhaftung vorzuneh-

men, wurden lediglich sechs Bauern verhaftet, wobei es auch noch zu Verwechslungen kam. Auch wenn somit die Verhaftungsaktion nicht immer im geplanten Umfang durchgeführt werden konnte, erzeugte sie doch ein starkes Bedrohungsgefühl. In Bernburg wurden Bauern in die Kreisstadt vorgeladen; viele von ihnen flohen Hals über Kopf in die Bundesrepublik.

Nicht nur die Bauern trugen dazu bei, dass die Zahl der »Republikflüchtigen«, die bereits im Jahr 1952 ständig gestiegen war, im Frühjahr 1953 einen Höchststand erreichte. Anfang 1953 verließen auch auffallend viele Arbeiter aus Buna und Leuna die DDR. Im April 1953 wurden im Bezirk Halle 2641, im Mai 2026 und im Juni 2994 »Republikflüchtige« registriert. Im Vorjahr hatten monatlich nur etwa 700 Einwohner des Bezirks Halle die DDR verlassen.³²

In vielen Orten wurden Handwerker und private Geschäftsleute systematisch in den Ruin getrieben. Wer nicht in die Bundesrepublik ging, wechselte oftmals in einen Großbetrieb. Auf diese Weise vollzog sich eine allmähliche soziale Umschichtung. Auch wenn die dadurch entstandene Konzentration »deklassierter Elemente« in Industriebetrieben wie Leuna, Buna oder dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld durch die SED aus ideologischen Gründen besonders stark herausgestellt wurde, ist doch der – meist unverschuldete – soziale Abstieg in das Industrieproletariat auch als Motivation mancher Akteure des Juni-Aufstandes in Betracht zu ziehen.

»Analyse« der SED: »faschistische Provokateure« und »Sozialdemokratismus«

Wie tief die Kluft zwischen Bevölkerung und Partei war, zeigte nicht nur der Aufstand vom 17. Juni selbst; das wurde auch in den langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und SED-Funktionären in den Tagen und Wochen danach deutlich. In halleschen Betrieben wurde noch tagelang weiter gestreikt.

Zum Beispiel im Dampfkesselbau Hohenthurm. In dem unweit von Halle gelegenen Betrieb waren am 17. Juni nur 50 Prozent der Belegschaft in den Ausstand getreten. Am 18. Juni waren es 100 Prozent. Eine zehnköpfige Streikleitung hielt das Büro der BGL besetzt. »Wir haben keine Regierung mehr«, war auf einem Transparent zu lesen. Und obwohl ein Funktionär der SED-Bezirksleitung den Arbeitern drohte: »Die faschistischen Rädelsführer werden rausgeholt aus dem Betrieb«, obwohl Kasernierte Volkspolizei aufzog und Agitationsgruppen die Belegschaft bearbeiteten, streikten am 19. Juni immer noch 60 Prozent der Arbeiter.³³

Trotz der eintreffenden sowjetischen Panzer wird die Großkundgebung auf dem Hallmarkt fortgesetzt.

Und auch nach Wiederaufnahme der Arbeit blieb die mehrheitliche Ablehnung der SED-Politik bestehen, ungeachtet des in den späten Nachmittagsstunden des 17. Juni verhängten Ausnahmezustandes und der anschließenden Verhaftung und Bestrafung zahlreicher angeblicher »Provokateure«.

Das bekam auch Politbüro-Mitglied Oelßner zu spüren, dem auf einer Belegschaftsversammlung in Buna am 25. Juni 1953 »eine besonders feindliche Haltung« entgegenschlug. Einheitlicher Grundtenor der insgesamt 29 von Buna-Arbeitern vorgebrachten Diskussionsbeiträge war, dass die Regierung die gleichen Fehler wie die »Provokateure« begangen hätte und deshalb eine gleich harte Bestrafung verdiene. Eine vorbereitete Resolution, die Oelßner den Buna-Arbeitern unterschieben wollte, lehnten diese rundweg ab.³⁴ Ähnliches geschah auch bei einer Versammlung in der LOWA Halle-Ammendorf, wo der SED-Funktionär sogar mit Steinen beworfen wurde.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes blieb den Arbeitern oft nur die Verweigerungshaltung. So wurden in Halle hunderte Flugblätter mit

einem Schneckenzeichen und dem Wort »Langsambewegung« verbreitet. Ein Arbeiter im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld sagte halb anklagend, halb resigniert: »Bei uns wird bloß noch geschwiegen, wir sagen gar nichts mehr, das hat ja doch keinen Zweck. Wenn man seine Meinung sagt, wird man als Faschist hingestellt.«

Das Bemühen der SED-Führung, Akteure des 17. Juni im Sinne ihrer ideologischen Deutung des Aufstandes als »faschistische Provokateure« zu »entlarven«, erzeugte in den eigenen Reihen oft Hilflosigkeit: »Wir haben nach dem 17.6. nach Feinden gesucht und haben gefühlt, sie müssen irgendwo sein und haben sie nicht gefunden mit wenigen Ausnahmen«³⁵, hieß es auf einer Konferenz der Kreisparteikontrollkommissionen des Bezirks Halle am 7. Juli 1953.

Statt feindliche Agentennester aufzudecken, mussten die Parteikontrollleure feststellen, dass sich zahlreiche Genossen an den Demonstrationen beteiligt und die Forderungen der Streikenden unterstützt hatten. In der LOWA Halle-Ammendorf waren das 80 Prozent der SED-Mitglieder des Betriebes gewesen. Auch in Teutschenthal bei Halle, im Kaliwerk »Deutschland«, das zu den Zentren der Streikbewegung am 17. Juni und an den Tagen danach gehörte, hatten sich 80 Prozent der Parteimitglieder sowie die BGL »schwankend« gezeigt. Im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld marschierten ganze SED-Grundorganisationen, eine sogar in geschlossener Formation mit dem Parteisekretär an der Spitze. Ähnliches wurde auch von einer Parteigruppe der Filmfabrik Wolfen berichtet. In der LOWA warf eine verdiente Aktivistin ihr Parteibuch mit der Bemerkung hin, »die Hand der Partei läge zu hart auf den Arbeitern.«³⁶ In Einzelfällen ergriffen die Genossen sogar die Initiative. So in der Wolfener Farbenfabrik, wo ein SED-Mitglied die Bildung einer Streikleitung initiierte.

Für die SED-Führung war klar: Grundorganisationen, die am 17. Juni ganz oder teilweise auf Seiten der Arbeiter standen, trugen »einen vereinsmäßigen Charakter oder sind zum Teil zu sozialdemokratischen Nestern herabgesunken, wo die Agenten des Ostbüros unbehindert ihre Schädlingsarbeit betreiben konnten.« In Wolfen würden »alte verknöcherte Sozialdemokraten« immer noch ihr SPD-Parteibuch bei sich tragen, um sich damit zu legitimieren.³⁷

Seit mehr als fünf Jahren bemühte sich die SED-Führung, die sozialdemokratische Tradition in der Einheitspartei mit buchstäblich allen Mitteln zu liquidieren. Konkret hieß dies in Bitterfeld, dass etwa zum Jahreswechsel 1948/49 im EKB 400 ehemalige Sozialdemokraten erst aus der Partei und dann aus dem Betrieb geworfen wurden. Auch die Parteiüberprüfung kostete nochmals Sozialdemokraten ihr Parteibuch.³⁸

Dennoch stießen die Parteikontrolleure bei der Suche nach »Agenten« und »Provokateuren« z.B. im halleischen Saalkreis weiterhin auf »sozialdemokratische Nester«. So wurde in der Ortsparteiorganisation Teutschenthal festgestellt: »Nach dem dritten Parteitag machten sie die Entwicklung zur Partei neuen Typus nicht mit, führten keine Parteiarbeit durch, gründeten einen Gesangsverein, verlegten ihr Hauptbetätigungsfeld in den Gesangsverein.« Die Genossen legten eine »antisowjetische Haltung« an den Tag und weigerten sich, die Geschichte der KPdSU zu studieren.³⁹

Lief die ideologische Stigmatisierung, mit der im allgemeinen die Akteure des Aufstandes belegt wurden, meist auf den Vorwurf einer »faschistischen« Gesinnung hinaus, so griff die SED innerparteilich zum Vorwurf des »Sozialdemokratismus« und behauptete: »Der 17. Juni 1953 hat erneut bestätigt, dass der Sozialdemokratismus und Faschismus Zwillingenbrüder sind.«⁴⁰ Unter der Bezeichnung »Sozialdemokratismus« fasste die SED alle Abweichungen von ihrer unversöhnlichen Klassenkampffideologie zusammen. Diskussionen zu Norm- und Lohnfragen, Kritik an der Politik der DDR-Regierung oder der Sowjetunion galten der SED ebenso als Zeichen des Sozialdemokratismus wie die Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften.

So wurde nach dem 17. Juni aus dem VEB ABUS Stahlbau Halle berichtet: »Die Belegschaft verlangt immer wieder = eine neue BGL und äusserten sich, die Partei ist nicht mehr. Hierbei kam der echte Sozialdemokratismus zum Ausdruck, indem die Anführer verlangten: fort mit dem FDGB – neue Organisation – Verlangen v. Betriebsräten – also keine klare Meinung. U.a. wurde gesagt: her mit den Gewerkschaftsgeldern und SED-Geldern für Streikunterstützung.«⁴¹

Im Vorhandensein dieser, für die traditionelle Arbeiterbewegung typischen Ideen sah die SED Zeichen »organisierter Feindarbeit« und unterstellte den Arbeitern, auch wenn sie keine konkreten Verbindungen zum Ost-Büro der SPD hatten, sie hätten sich »objektiv« zu »Agenten des Ostbüros« gemacht. Mehrfach ließ die SED-Bezirksleitung Analysen anfertigen, um Zentren des »Sozialdemokratismus« im Bezirk Halle ausfindig zu machen.

Zu den von der SED als Hochburgen der SPD ausgemachten Orten gehörte – neben Bitterfeld, Dessau, Köthen und Merseburg – auch die Kreisstadt Bernburg. Bereits am Vorabend des 17. Juni meldete ein Polizeibericht: »Unter den ehem. SPD-Mitgliedern macht sich die Tendenz bemerkbar, dass sie offen diskutieren, dass sie schon lange gewusst hätten, dass es nicht so weitergehen kann, jedoch hätte man aber nichts sagen dürfen, da man sonst eingesperrt worden wäre.«⁴² Als nach dem 17. Juni

die Meldung eintraf, in Bernburg seien 90 Arbeiter des Kaliwerks aus der SED ausgetreten, weil sie »mehrere Parteien und die Weiterbildung der SPD« wollten, schickte die SED-Bezirksleitung eine Parteikontrollkommission nach Bernburg, um jeden Arbeiter einzeln nach seinen Motiven zu befragen.

Das Bernburger Kaliwerk »Friedenshall« war bis zum 17. Juni ein scheinbar mustergültiger sozialistischer Betrieb gewesen. Eine Abteilung zur Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen (TAN) arbeitete unter dem parteitreuen Slogan »Plan gleich Norm«. Nicht zuletzt deshalb wurde das Werk, das 1600 Belegschaftsmitglieder beschäftigte, im Januar 1953 als »Republiksieger im Wettbewerb der Kaliwerke der DDR« ausgezeichnet. Die zentralen Planvorgaben wurden erfüllt und vermeintliche »Feinde« unerbittlich entlarvt. Das ging so weit, dass ein Sicherheitsingenieur, der im Frühjahr 1953 darauf hinwies, dass bei der Produktionsmaximierung Sicherheitsnormen verletzt würden, der Feindtätigkeit »überführt« wurde. Der Betreffende konnte kurz vor seiner Verhaftung gen Westen fliehen. Vorher war bereits ein Betriebsleiter geflohen, den die SED unter Druck gesetzt hatte.⁴³

Am 17. Juni geschah im Kaliwerk »Friedenshall« wenig. Zwar beschloss die Betriebsgewerkschaftsleitung, die TAN-Abteilung aufzulösen, gestreikt aber wurde an diesem Tag nicht. Umso nachhaltiger gestalteten sich die Auseinandersetzungen in der Folgezeit. 50 Genossen, und damit zehn Prozent der Parteimitglieder des Betriebes, traten aus der SED aus. Sie gaben zu niedrige Löhne, willkürliche Verhaftungen und Entlassungen und die fehlerhafte Politik der SED als Grund für den Bruch mit der Einheitspartei an. Manche äußerten bei den Befragungen auch, dass es wieder mehrere Arbeiterparteien geben müsse. Gut die Hälfte derjenigen, die jetzt die SED verließen, war schon vor 1933 SPD-Mitglied gewesen. Im Kaliwerk allerdings war das kein besonders hoher Anteil, wenn man bedenkt, daß 75 Prozent aller SED-Genossen des Betriebes aus der SPD kamen, und nur elf Prozent aus der KPD.

Das »wahre Gesicht«

In seinem bereits zitierten Referat sprach ZK-Mitglied Fred Oelßner davon, dass am 17. Juni »manche Leute plötzlich ihr wahres Gesicht zeigten.« Der Vorwurf, diese »Leute« hätten vorher Zustimmung zur SED-Politik geheuchelt, war schon deshalb infam, weil die SED selbst, sei es bei Wahlen oder im Zuge der Aktivistenbewegung, massenhaft Lippenbekenntnis-

se gefordert und oft auch erzwungen hatte. Und selbst nachdem sie ihre Macht mit Hilfe sowjetischer Waffengewalt wiederhergestellt hatte, übte die SED erneut Druck aus, um die Arbeiter mit »Peitsche und Butterbrot« zu einer Akzeptanz der Parteiherrschaft zu bewegen. So drohte Fred Oelßner in einer Rede vor Buna-Arbeitern, dass die Staatsmacht stark genug sei, um einen zweiten 17. Juni zu verhindern. Andererseits räumte er aber auch Fehler ein und ließ sich auf Diskussionen über die sozialen Probleme der Arbeiter ein.

In den Betrieben wurden nach dem 17. Juni zum großen Teil Debatten fortgesetzt, die schon Jahre währten. Die SED sorgte dafür, dass sich diese Auseinandersetzungen auf materielle Fragen beschränkten. Angesichts der unveränderten öffentlichen Propaganda fragte ein Arbeiter im Kaliwerk »Friedenshall« Bernburg: »Vor dem 17. schrieb die Presse in der DDR, die Arbeiter stehen 100%ig hinter den Maßnahmen der Regierung und Partei. Nach dem 17. liest man das gleiche. Nun frage ich mich, hat es denn überhaupt einen 17. gegeben?«⁴⁴ Auch unter den Schauspielern des »Theaters der Jungen Garde« in Halle bedauerten einige, »dass die armen Arbeiter, die die Demonstration organisiert haben, nichts erreicht hätten.«⁴⁵

Offenbar wurde der Aufstand von den Zeitgenossen im Kern als Arbeiteraufstand erlebt, dessen gesamtgesellschaftliche Zielsetzung jedoch zu einer ständigen Verbreiterung der Basis führte. So wirkten im achtköpfigen Streikkomitee in Halle auch ein Künstler und ein Student mit, in Bitterfeld gehörte ein Lehrer zu den Streikführern.

Dass der Aufstand im Kern ein Arbeiteraufstand war, zeigte sich auch in den Auseinandersetzungen in den Tagen nach dem 17. Juni, die sich vor allem in den Produktionsbetrieben abspielten. Die SED beschwichtigte die Arbeiter nach dem 17. Juni vor allem durch verbesserte materielle Lebensbedingungen. Die Lohnentwicklung der Arbeiter im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld (EKB) beispielsweise setzte nach dem 17. Juni, nach einem schroffen Rückgang 1952/53, den ansteigenden Trend der Jahre 1950/51 fort. »Wenn nicht der 17. Juni gewesen wäre, hätten wir das alles nicht bekommen. So hat der Tag doch etwas eingebracht«, befand ein Arbeiter aus dem EKB.⁴⁶ Arbeiter in Buna hingegen, wo es am 15. Juli 1953 zu einem noch mächtigeren Streik kam als einen Monat zuvor – diesmal wurde sogar die Karbidproduktion gestoppt – interpretierten die SED-Politik dahingehend, dass versucht werde, mit kleinen Versprechungen große Fehler zu vertuschen.

Durch die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes ist die Erinnerung bei vielen Zeitzeugen negativ eingefärbt. Die vielen Verletzten, die Toten, die Verhaftungen, die Verhöre, die zerstörten Hoffnungen haben

möglicherweise eine wichtige Erfahrung dieses Tages in den Hintergrund gedrängt. Diese Erfahrung ist kaum zu finden an den Gedenktafeln und -kreuzen zu Ehren der Akteure und Opfer, sie ist auch nicht zu finden in den Aufzeichnungen der SED und anderer staatlicher Organe, die sich (zu Recht) bedroht fühlten und die Demonstrationen und Streiks durchweg negativ beschrieben. Sie zeigt sich jedoch in manchen Fotos vom Vormittag des 17. Juni. Diese dokumentieren den Aufstand im Moment seines Entstehens, und widerlegen gleichzeitig die Herabwürdigung der Aufständischen zu angeblichen »faschistischen Provokateuren« durch die SED. Die Fotos zeigen winkende Demonstranten, lachende Frauen und Arbeiter, die ihr Fahrrad durch die hallesche Innenstadt schieben. Auch das war der 17. Juni im Bezirk Halle. »Liebe Freunde. Wenn ich heute Eure strahlenden Gesichter sehe, dann möchte ich Euch am liebsten umarmen und an mein Herz drücken. Der Tag der Befreiung ist da, die Regierung ist weg, die Tyrannei hat ein Ende.«⁴⁷ Diese Worte, gesprochen von Paul Othma vor tausenden Streikenden in der Innenstadt von Bitterfeld, Zeugnisse überschwänglicher Freiheitshoffnung, gehören ebenso zur Geschichte des Aufstands wie das Leid der Toten und Verhafteten nach der blutigen Niederschlagung der Revolte. In diesem Sinne haben die Demonstranten am 17. Juni 1953 dem SED-Regime tatsächlich für wenige Stunden ihr »wahres Gesicht« gezeigt.

-
- 1 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (LHASA, Abt. MER), SED-Bezirksleitung (SED-BL) Halle, IV/2/55/1136 b, Bl. 283.
 - 2 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/606, Bl. 105–109.
 - 3 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/611, Bl. 151, 191–210.
 - 4 Rainer Hildebrandt: Der 17. Juni. Berlin 1983, S. 132 sowie Stefan Wolle: »Agenten, Saboteure, Verräter ...« Die Kampagne der SED-Führung gegen den »Sozialdemokratismus«. In: Ilko-Sascha Kowalczyk, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X. 17. Juni 1953. 2. Aufl., Berlin 1996, S. 243–277, hier S. 259.
 - 5 Schilderung des ehem. Superintendenten Helmut Hartmann, Archiv von Zeitgeschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte e.V. Halle.
 - 6 Angelika Klein: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle. Bd. 1–3. Potsdam 1993, Bd. 1, S. 10 sowie LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/1132, Bl. 90.
 - 7 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/609, Bl. 223.
 - 8 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/611, Bl. 5 sowie IV/2/3/607, Bl. 102.
 - 9 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/1133, Bl. 54 sowie BdVP Halle, Bestand 19, Nr. 073, Bl. 83.
 - 10 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/9.02/1369, Bl. 15 sowie IV/2/3/607, Bl. 89.

- 11 LHASA, Abt. MER, BdVP Halle, Bestand 19, Nr. 073, Bl. 80–82.
- 12 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/611, Bl. 17 sowie IV/2/3/609, Bl. 232.
- 13 LHASA, Abt. MER, BdVP, Bestand 19, Nr. 314, Bl. 4.
- 14 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/611, Bl. 12–22.
- 15 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/609, Bl. 233f.
- 16 LHASA, Abt. MER, LV SED Sachsen-Anhalt, IV/L2/602/64, Bl. 77 sowie LHASA, Abt. MER, LV SED Sachsen-Anhalt, IV/L2/55/10, Bl. 32.
- 17 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/609, Bl. 196.
- 18 LHASA, Abt. MER, BdVP Halle, Bestand 19, Nr. 314, Bl. 12.
- 19 Ebenda, Bl. 222f.
- 20 LHASA, Abt. MER, LV SED Sachsen-Anhalt, IV/L2/602/46, Bl. 86, 105–195.
- 21 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/611, Bl. 102f.
- 22 Heidemarie Schmidt und Paul Werner Wagner: »... man muss doch mal zu seinem Recht kommen ...« Paul Othma – Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld, Magdeburg 2001, S. 9.
- 23 LHASA, Abt. MER, LV SED Sachsen-Anhalt, IV/L2/5/60, Bl. 10, 154f., 239–244.
- 24 Vgl. Hildebrandt, S. 135f.
- 25 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/607, Bl. 103.
- 26 Vgl. Hildebrandt, S. 120f.
- 27 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/611, Bl. 68.
- 28 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/607, Bl. 3f.
- 29 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/19, Bl. 168f.
- 30 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/607, Bl. 17.
- 31 Ebenda, Bl. 29.
- 32 Ebenda, Bl. 115 sowie SED-BL Halle IV/2/3/609, Bl. 2–6.
- 33 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/55/1136 b, Bl. 3, 11.
- 34 LHASA, Abt. MER, BdVP Halle, Bestand 19, Nr. 074, Bl. 207.
- 35 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/736, Bl. 40.
- 36 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/1132, Bl. 94.
- 37 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/607, Bl. 253–256.
- 38 Heinz Domeinski: Die SAG-Betriebe als Schulen des Sozialismus. Diss., Halle 1975, S. 175 u. 190.
- 39 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/726, Bl. 64.
- 40 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/610, Bl. 109–113, Zitat Bl. 112.
- 41 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/1133, Bl. 35.
- 42 LHASA, Abt. MER, BdVP Halle, Bestand 19, Nr. 073, Bl. 83.
- 43 Die Tatsache, dass in den Polizeiberichten des Bezirks Halle vom April 1953 sechs, vom Mai zehn, von Juni bis August aber nicht ein einziger Sabotagefall gemeldet wurde, legt den Schluss nahe, dass sich nach dem 17. Juni die Interpretation von Betriebsstörungen normalisierte. LHASA, Abt. MER, BdVP Halle, Bestand 19, Nr. 076, Bl. 51.
- 44 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/4/740.
- 45 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/55/1136b, Bl. 117.
- 46 LHASA, Abt. MER, SED-BL Halle, IV/2/3/593, Bl. 80–82.
- 47 Schmidt/Wagner, »... man muss doch mal zu seinem Recht kommen ...«, S. 35.